

**Habilitationsordnung
der Fakultät für Bildungswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen
vom 11. April 2019**

(Verköndungsblatt Jg. 17, 2019 S. 103 / Nr. 30)

Auf Grund des § 2 Abs. 4 und des § 68 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein- Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.10.2017 (GV. NRW. S. 806) hat die Universität Duisburg-Essen folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Ziel der Habilitation
- § 2 Zulassungsvoraussetzungen für das Habilitationsverfahren
- § 3 Habilitationsleistungen
- § 4 Habilitationsantrag und Habilitationsunterlagen
- § 5 Habilitationskommission
- § 6 Einleitung und Beschluss über die Eröffnung des Habilitationsverfahrens
- § 7 Schriftliche Habilitationsleistung
- § 8 Gutachten
- § 9 Beschlussfassung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 10 Rücknahme des Habilitationsantrages
- § 11 Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 12 Mündliche Habilitationsleistung
- § 13 Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung
- § 14 Abschluss des Habilitationsverfahrens
- § 15 Einsicht in die Habilitationsunterlagen
- § 16 Umhabilitation
- § 17 Aufhebung der Lehrbefähigung
- § 18 Erteilung der Lehrbefugnis
- § 19 Zurücknahme der Lehrbefugnis
- § 20 Änderung bzw. Erweiterung des Gebietes der Lehrbefähigung
- § 21 In-Kraft-Treten.

§ 1

Ziel der Habilitation

- (1) Durch die Habilitation wird die Befähigung der Antragstellerin oder des Antragstellers, ein wissenschaftliches Fachgebiet der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen in der Forschung und Lehre selbständig zu vertreten, förmlich nachgewiesen.
- (2) Die Habilitation ist die Voraussetzung zur Verleihung einer Venia legendi (Lehrbefugnis) nach § 18.

§ 2

**Zulassungsvoraussetzungen
für das Habilitationsverfahren**

- (1) Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss eine besondere Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit besitzen, die durch die Qualität einer Promotion, mindestens ausgewiesen durch das Prädikat „magna cum laude“ oder einer vergleichbaren Bewertung, an einer deutschen, staatlichen oder staatlich anerkannten, wissenschaftlichen Hochschule oder eines gleichwertigen akademischen Grades an einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule nachgewiesen wird.
- (2) Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss nachweisen, dass sie oder er über die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 hinaus insbesondere in dem wissenschaftlichen Fachgebiet, für das sie oder er die Lehrbefähigung anstrebt, nach der Promotion weitgehend wissenschaftlich gearbeitet und dass sie oder er in diesem Fachgebiet Lehrveranstaltungen durchgeführt hat.

§ 3

Habilitationsleistungen

- (1) Die zu erbringenden Habilitationsleistungen sind:
 1. schriftliche Habilitationsleistung (§ 7)
 2. mündliche Habilitationsleistung (§ 12)

(2) Wird eine der in Absatz 1 bezeichneten Leistungen als nicht ausreichend beurteilt, so ist die gesamte Habilitation nicht bestanden. Ein Habilitationsversuch kann nur einmal wiederholt werden. Der Versuch gilt als unternommen, wenn das Habilitationsverfahren gemäß § 6 Abs. 2 eröffnet wurde. Die Rücknahme des Habilitationsantrages gemäß § 10 ist nur einmal statthaft. Habilitati-

onsversuche an anderen wissenschaftlichen Hochschulen sind mit zu berücksichtigen. Eine Ablehnung gem. § 6 Abs. 3 hat die Antragstellerin oder der Antragsteller nicht zu vertreten. Sie ist bei der Wiederholung der Antragstellung nicht zu berücksichtigen.

§ 4

Habilitationsantrag und Habilitationsunterlagen

Der Habilitationsantrag ist bei der Dekanin oder bei dem Dekan der Fakultät für Bildungswissenschaften mit folgenden Unterlagen einzureichen:

1. Erklärung, für welches Fachgebiet die Habilitation beantragt wird,
2. Lebenslauf mit einer Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs,
3. Promotionsurkunde gem. § 2 Abs. 1,
4. Schriftenverzeichnis und je ein Exemplar der verfassten oder mitverfassten wissenschaftlichen Arbeiten,
5. eine Erklärung der Antragstellerin bzw. des Antragstellers, dass sie oder er die eingereichte schriftliche Habilitationsleistung selbständig verfasst hat,
6. eine Erklärung der Antragstellerin bzw. des Antragstellers, dass sie oder er bei der Abfassung der schriftlichen Habilitationsleistung nur die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche gekennzeichnet hat,
7. Verzeichnis der von der Antragstellerin oder dem Antragsteller (seit ihrer oder seiner Promotion) selbständig oder in Zusammenarbeit mit anderen Lehrenden abgehaltenen Lehrveranstaltungen. Sofern die Lehrveranstaltungen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers in Zusammenarbeit mit anderen Lehrenden erfolgt sind, sind die Form der Zusammenarbeit und der selbstständige Anteil der Lehrveranstaltung darzustellen,
8. Zeugnisse über abgelegte akademische bzw. staatliche Prüfungen. Bei ausländischen akademischen Graden kann eine Stellungnahme zur Gleichwertigkeit von der Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen bei der ständigen Konferenz der Kultusminister eingeholt werden,
9. Erklärung über bereits früher unternommene Habilitationsversuche,
10. fünf Exemplare der schriftlichen Habilitationsleistung.

§ 5

Habilitationskommission

- (1) Die Durchführung des Habilitationsverfahrens liegt in der Verantwortung des Fakultätsrats.
- (2) Für die Durchführung eines Verfahrens bildet die Fakultät eine Habilitationskommission. Die Habilitationskommission hat die Funktion einer Prüfungskommission. Die Habilitationskommission setzt sich aus
 - a) fünf aufgrund zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen (im Sinne von § 36 Abs. 1 Ziff. 4 HG) berufene Professorinnen oder Professoren oder habilitierte Personen
 - b) zwei promovierte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

oder Mitarbeiter und

- c) zwei Studierende, die mindestens das Bachelorstudium erfolgreich abgeschlossen haben

zusammen. Die in Abs. 2 genannten Personen können bei fachübergreifenden Habilitationen auch den verwandten Fächergruppen anderer Fakultäten sowie anderer wissenschaftlicher Hochschulen angehören. Diese Personen nehmen an den Sitzungen der Kommission stimmberechtigt teil. Die Mehrzahl der Mitglieder der Habilitationskommission und mindestens drei Personen gem. lit. a) müssen Mitglied der Fakultät sein.

Die Mitglieder der Habilitationskommission werden auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedergruppe durch den Fakultätsrat gewählt.

(3) Bei der Beschlussfassung über die Beurteilung der Habilitationsleistungen sind nur die Mitglieder der Habilitationskommission gemäß Absatz 2 Buchstabe a) stimmberechtigt, die übrigen Kommissionsmitglieder haben beratende Stimmen.

(4) Die Habilitationskommission hat folgende Aufgaben:

1. Beschluss über die Zulassung der Antragstellerin oder des Antragstellers zum beantragten Habilitationsverfahren,
2. Benennung der Gutachterinnen oder Gutachter für die schriftliche Habilitationsleistung,
3. Beschluss über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung,
4. Auswahl des Themas der wissenschaftlichen Vorlesung,
5. Beschluss über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistung,
6. Feststellung der Lehrbefähigung und
7. Vorschlag für die Verleihung der Lehrbefugnis durch den Fakultätsrat.

(5) Beschlüsse der Habilitationskommission bedürfen der Mehrheit der ihr angehörenden Professorinnen oder Professoren.

(6) Die Habilitationskommission wählt aus dem Kreis der Professorinnen oder Professoren gemäß § 36 Abs. 1 Ziffer 4 HG eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden.

§ 6

Einleitung und Beschluss über die Eröffnung des Habilitationsverfahrens

(1) Die Dekanin oder der Dekan prüft die gem. § 4 von der Antragstellerin oder dem Antragsteller vorgelegten Unterlagen auf Vollständigkeit. Ist diese gegeben, so unterrichtet sie oder er den Fakultätsrat, die Rektorin oder den Rektor sowie die Dekaninnen oder die Dekane der anderen Fakultäten über den Antrag. Der Fakultätsrat bildet gemäß § 5 die Habilitationskommission. Anschließend werden die Unterlagen drei Wochen ausgelegt. Die Mitglieder der Habilitationskommission nehmen Einsicht in die Unterlagen und können schriftliche Stellungnahmen abgeben. Diese Stellungnahmen sollen allen Kommissionsmitgliedern mindestens eine Woche vor der ersten

Kommissionssitzung zugestellt werden, um einen Beschluss über die Eröffnung des Verfahrens unter möglichst sorgfältiger Abwägung aller eingegangenen Stellungnahmen zu ermöglichen.

(2) Nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist tritt die Habilitationskommission auf Einladung der Dekanin oder des Dekans zusammen und beschließt über den Antrag auf Zulassung zum Habilitationsverfahren. Eine Ablehnung des Antrages ist zu begründen.

(3) Die Ablehnung eines Antrages auf Zulassung zum Habilitationsverfahren ist insbesondere möglich, wenn das Fachgebiet, dem das Thema der schriftlichen Habilitationsleistung zuzuordnen ist, nicht in der Fakultät in Forschung und Lehre vertreten ist oder die Voraussetzungen des § 4 nicht erfüllt sind.

§ 7

Schriftliche Habilitationsleistung

(1) Als schriftliche Habilitationsleistung kann vorgelegt werden:

- a) Eine Habilitationsschrift, die einen wesentlichen Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis für das Fachgebiet darstellt, in dem die Antragstellerin oder der Antragsteller die Habilitation zu erlangen wünscht, oder
- b) an Stelle einer Habilitationsschrift können auch mehrere veröffentlichte oder zur Veröffentlichung bestimmte wissenschaftliche Arbeiten treten, die nachgewiesen zur Publikation angenommen wurden, die insgesamt den an eine Habilitationsschrift zu stellenden Anforderungen gemäß Ziffer 1 genügen müssen. Hierzu muss ferner eine Darstellung über die wissenschaftlichen Zusammenhänge der Einzelschriften vorgelegt werden.

(2) Bei Arbeiten, die aus der gemeinsamen Forschung mehrerer Personen hervorgegangen sind, muss die selbständige wissenschaftliche Leistung der Antragstellerin oder des Antragstellers erkennbar und für sich bewertbar sein; die übrigen Verfasser sollen zur Erklärung der Antragstellerin oder des Antragstellers über ihre oder seine Einzelleistung schriftlich Stellung nehmen.

§ 8

Gutachten

(1) Nach Eröffnung des Habilitationsverfahrens bestimmt die Habilitationskommission mindestens drei Gutachterinnen oder Gutachter, die das Fachgebiet, dem die schriftliche Habilitationsleistung der Antragstellerin oder des Antragstellers zuzuordnen ist, in Forschung und Lehre vertreten. Mindestens eine Gutachterin oder ein Gutachter soll der Fakultät angehören. Der Anteil der Gutachterinnen oder Gutachter von auswärtigen Hochschulen soll überwiegen. Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist berechtigt, eine Gutachterin oder einen Gutachter vorzuschlagen.

(2) Die Gutachterinnen oder Gutachter nehmen unabhängig voneinander innerhalb einer Frist von drei Monaten in je einem schriftlichen Gutachten, das das Bewertungsergebnis nachvollziehbar begründet, zu der schriftli-

chen Habilitationsleistung Stellung und schlagen der Habilitationskommission die Annahme, die Änderung oder die Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung vor. Bei Fristüberschreitung soll eine neue Gutachterin oder ein neuer Gutachter bestimmt werden.

(3) Die Gutachten sind mit der schriftlichen Habilitationsleistung der Habilitationskommission zur Kenntnis zu geben.

§ 9

Beschlussfassung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung

(1) Nachdem die schriftliche Habilitationsleistung mit allen Unterlagen und den erforderlichen Gutachten gem. § 8 sämtlichen Mitgliedern der Habilitationskommission zur Kenntnis gelangt ist, beschließt die Kommission in offener Abstimmung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung.

(2) Bei der Beschlussfassung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung sind nur die Mitglieder der Habilitationskommission gem. § 5 Abs. 2 Buchstabe a) stimmberechtigt. Jede gegen das Mehrheitsvotum der Gutachten abgegebene Stimme muss schriftlich begründet werden und die fachliche Qualifikation der oder des Abstimmenden erkennen lassen. Ungültige Stimmen, Stimmenthaltungen, Gegenstimmen ohne substantielle Begründung gegen die Mehrheit der Gutachten sind als Stimmen für das Mehrheitsvotum der Gutachten zu zählen. Kommt der Beschluss mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder nicht zustande, ist die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung abgelehnt. Die Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung ist durch die Habilitationskommission schriftlich zu begründen.

(3) Die Entscheidung nach Absatz 1 ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller unverzüglich nach der Beschlussfassung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Habilitationskommission mitzuteilen.

§ 10

Rücknahme des Habilitationsantrages

Die Rücknahme des Habilitationsantrages ist zulässig, solange nicht eine ablehnende Stellungnahme einer Gutachterin oder eines Gutachters bei der Habilitationskommission schriftlich vorliegt. Die Rücknahme der schriftlichen Habilitationsleistung allein ist unzulässig.

§ 11

Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung

(1) Im Falle der Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung gemäß § 9 Abs. 2 beschließt die Habilitationskommission in einer unmittelbar anschließenden Beratung die Einräumung der Möglichkeit einer Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung. Für die Änderung ist im Einvernehmen mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller eine angemessene Frist festzulegen.

(2) Macht die Antragstellerin oder der Antragsteller von der Möglichkeit zur Änderung fristgerecht Gebrauch, so

tritt die Habilitationskommission unverzüglich nach Wiedervorlage der schriftlichen Habilitationsleistung in die erneute Beratung und Beschlussfassung gem. § 9 Abs. 1 ein. Gegebenenfalls sind die Gutachterinnen oder Gutachter um Stellungnahme zu bitten. Ein erneuter Beschluss zur Einräumung der Möglichkeit einer Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung gemäß Absatz 1 ist hierbei unzulässig.

(3) Hat die Antragstellerin oder der Antragsteller die von der Habilitationskommission für die Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung festgesetzte Frist ohne triftigen Grund nicht eingehalten, so gilt die schriftliche Habilitationsleistung als abgelehnt.

(4) Die oder der Vorsitzende der Habilitationskommission unterrichtet die Antragstellerin oder den Antragsteller unverzüglich von der Entscheidung der Habilitationskommission gemäß Absatz 1 bis 3.

§ 12 Mündliche Habilitationsleistung

(1) Ist die schriftliche Habilitationsleistung gemäß der Beschlussfassung nach § 9 Abs. 1 angenommen, so bestimmt die Habilitationskommission im Einvernehmen mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller und der Dekanin oder dem Dekan den Zeitpunkt für eine hochschulöffentliche wissenschaftliche Vorlesung mit anschließendem hochschulöffentlichem Kolloquium vor der Habilitationskommission. Die Dauer der Vorlesung sollte 30 Minuten nicht überschreiten. Die Antragstellerin oder der Antragsteller soll durch die mündliche Habilitationsleistung zeigen, dass sie oder er ein wissenschaftliches Thema sachkundig und kritisch darstellen kann und eine Diskussion wissenschaftlicher Fragen formgerecht und sachlich zu bestreiten weiß. Das Kolloquium hat die Form einer Kollegialprüfung und dauert 60 bis 90 Minuten. Die Antragstellerin oder der Antragsteller legt hierzu der Habilitationskommission drei Themen zur Auswahl vor, die von dem der schriftlichen Habilitationsleistung zugrundeliegenden Thema und unter sich inhaltlich verschieden sein müssen. Die Auswahl wird von der Habilitationskommission getroffen.

(2) Das ausgewählte Thema wird der Antragstellerin oder dem Antragsteller mit einer Vorbereitungsfrist von einem Monat bekannt gegeben.

(3) Unmittelbar nach Abschluss des Kolloquiums wird über die Vortrags- und Kolloquiumsleistung von der Habilitationskommission in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

(4) Danach fasst die Habilitationskommission einen Beschluss über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistung. § 9 Absatz 2 und 3 gilt hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens entsprechend.

(5) Nach Annahme der mündlichen Habilitationsleistung beschließt die Habilitationskommission über die Fachbezeichnung, für die die Lehrbefähigung festgestellt wurde.

§ 13

Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung

Ist die mündliche Habilitationsleistung nach § 12 nicht angenommen worden, so gilt § 3 Abs. 2 Satz 1. In begründeten Ausnahmefällen kann eine einmalige Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung beschlossen werden, die spätestens im dem Ablehnungstermin folgendem Semester zu absolvieren ist. Die Beschlussfassung und das Verfahren zur Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung bestimmen sich nach entsprechender Anwendung der Vorschriften des § 12.

§ 14

Abschluss des Habilitationsverfahrens

(1) Die Habilitationskommission stellt fest, ob die gesamte Habilitationsleistung als angenommen gilt. § 9 Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Mit der Annahme der gesamten Habilitationsleistung ist die Lehrbefähigung festgestellt und das Habilitationsverfahren abgeschlossen. Die oder der Habilitierte ist berechtigt, den Doktorgrad mit dem Zusatz „habil.“ zu führen.

(3) Die Dauer des Habilitationsverfahrens nach Abs. 1 soll zwölf Monate seit Einreichung des Zulassungsantrages nicht überschreiten.

(4) Die Dekanin oder der Dekan überreicht der Antragstellerin oder dem Antragsteller eine Urkunde (s. Anlage 1) über die Feststellung der Lehrbefähigung, die folgende Angaben enthält:

1. die wesentlichen Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers,
2. das Thema der Habilitationsschrift,
3. die Bezeichnung des wissenschaftlichen Fachgebietes, für das die Lehrbefähigung festgestellt ist,
4. die Bezeichnung der Fakultät, die die Lehrbefähigung festgestellt hat,
5. das Datum der Beschlussfassung über die Habilitation,
6. die Unterschrift der Dekanin oder des Dekans,
7. das Siegel der Fakultät.

(5) Wer vorsätzlich einen Täuschungsversuch bei den Erklärungen gemäß § 4 Ziff. 5 oder 6 unternimmt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die Kanzlerin oder der Kanzler.

§ 15

Einsicht in die Habilitationsunterlagen

Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat im Falle einer Ablehnung auf Antrag das Recht auf Einsicht in die Akten des Habilitationsverfahrens.

§ 16

Umhabilitation

(6) Die Antragstellerin oder der Antragsteller, die oder der an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule in einem Fachgebiet habilitiert ist, das in der Fakultät für Bildungswissenschaften vertreten ist, kann auf Antrag die Lehrbefähigung in dieser Fakultät der Universität Duisburg-Essen erhalten. Der Antrag ist mit den Unterlagen gem. § 4 zu versehen. Zusätzlich ist die Urkunde über das bereits abgeschlossene Habilitationsverfahren beizufügen. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen dieser Ordnung. Die Habilitationskommission kann jedoch Teile der Habilitationsleistungen anerkennen oder ganz auf zusätzliche Habilitationsleistungen verzichten.

§ 17

Aufhebung der Lehrbefähigung

(1) Die Feststellung der Lehrbefähigung wird aufgehoben, wenn derjenige akademische Grad nicht mehr geführt werden darf, der Voraussetzung für die Zulassung zum Habilitationsverfahren war.

(2) Die Feststellung der Lehrbefähigung wird widerrufen, wenn die Habilitation durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch Angaben, die im Wesentlichen unvollständig waren, erlangt wurde.

(3) Die Entscheidungen zu Absatz 1 und 2 trifft der um eine Vertrauensperson für die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der Hochschule sowie um ein Mitglied des Rektorates beratend erweiterte Fakultätsrat, wobei der oder dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist. Die Grundsätze der Universität zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis sind zu beachten.

§ 18

Erteilung der Lehrbefugnis

(1) Nach erfolgreichem Abschluss des Habilitationsverfahrens entscheidet der Fakultätsrat auf Antrag der oder des Habilitierten über die Verleihung der Befugnis, in ihrem oder seinem Fachgebiet in der Fakultät Lehrveranstaltungen selbständig durchzuführen (Venia legendi). Der Antrag darf nur aus Gründen abgelehnt werden, die die Ernennung zur beamteten Professorin oder zum beamteten Professor gesetzlich ausschließen. Der Antrag kann schon mit dem Habilitationsantrag gemäß § 4 gestellt werden.

(2) Nach dem Beschluss ist die oder der Habilitierte berechtigt, die Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ zu führen. Ein Dienstverhältnis wird damit nicht begründet.

(3) Nach dem Beschluss stellt sich die oder der Habilitierte in einer öffentlichen Antrittsvorlesung vor, spätestens in dem Semester, das auf den Termin der Erteilung der Lehrbefähigung folgt. Der Termin wird von der Dekanin oder dem Dekan im Einvernehmen mit der Privatdozentin oder dem Privatdozenten festgesetzt.

(4) Die Dekanin oder der Dekan überreicht der oder dem Habilitierten aufgrund des Beschlusses gem. Absatz 1 eine Urkunde (siehe Anlage 2), in der die Erteilung der Lehrbefugnis erklärt wird und die folgenden Angaben enthält:

1. Die wesentlichen Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers,
2. die Bezeichnung des wissenschaftlichen Fachgebietes, für das die Lehrbefugnis erteilt wird,
3. die Bezeichnung der Fakultät, die die Lehrbefugnis erteilt,
4. das Datum der Beschlussfassung über die Lehrbefugnis,
5. die Unterschriften der Dekanin oder des Dekans und der Rektorin oder des Rektors,
6. das Siegel der Hochschule.

(5) Die Privatdozentin oder der Privatdozent hat das Recht und die Pflicht, in jedem Semester eine Lehrveranstaltung an der Universität Duisburg-Essen im Umfang von mindestens zwei Semesterwochenstunden zu halten.

§ 19

Zurücknahme der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis erlischt

1. durch schriftliche Verzichtserklärung gegenüber der Fakultät,
2. durch Berufung an eine andere wissenschaftliche Hochschule
3. durch Umhabilitation an eine andere Hochschule oder
4. durch Aufhebung der Lehrbefähigung (§ 17).

(2) Die Lehrbefugnis ist zu entziehen,

1. wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent ohne triftigen Grund zwei Jahre lang keine Lehrtätigkeit ausgeübt hat, es sei denn, dass der Fakultätsrat sie oder ihn vorübergehend von dieser Pflicht entbunden hat oder sie oder er das 67. Lebensjahr vollendet hat;
2. wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent durch ihr oder sein Verhalten das Ansehen oder das Vertrauen, das ihre oder seine Stellung erfordert, verletzt hat bzw. wenn ein Grund vorliegt, der bei einer Beamtin oder einem Beamten die Rücknahme der Ernennung rechtfertigen würde.

(3) Die Feststellungen bzw. Entscheidungen zu Absatz 1 und 2 trifft der Fakultätsrat, wobei der oder dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

**§ 20
Änderung bzw. Erweiterung des
Gebietes der Lehrbefähigung**

Auf Antrag einer oder eines Habilitierten kann eine Änderung bzw. Erweiterung des Fachgebietes erfolgen, für das die Lehrbefähigung festgestellt wurde. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 19 gelten entsprechend; die Habilitationskommission kann jedoch Teile der Habilitationsleistung anerkennen oder ganz auf zusätzliche Habilitationsleistungen verzichten.

**§ 21
In-Kraft-Treten**

(1) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Universität Duisburg-Essen - Amtliche Mitteilungen in Kraft. Gleichzeitig tritt die Habilitationsordnung des Fachbereiches 2 - Erziehungswissenschaften – Psychologie – Sport- und Bewegungswissenschaften vom 12. Januar 2001 (Essen, Amtliche Bekanntmachung S. 1), sowie die Habilitationsordnung des Fachbereiches 2 - Erziehungswissenschaften – Psychologie – Sport (Duisburg, Amtliche Mitteilungen Nr. 323) vom 11. Juli 1984 außer Kraft.

(2) Zum Tage der Veröffentlichung bereits eröffnete Habilitationsverfahren werden nach der jeweiligen Ordnung zu Ende geführt. Auf Antrag der Antragstellerin oder des Antragstellers können bereits beantragte Verfahren nach der vorliegenden Ordnung abgeschlossen werden. Der Antrag ist unwiderruflich.

Veröffentlicht auf Grund der Beschlüsse des Fakultätsrats vom 11.07.2018, 14.11.2018 und 12.12.2018.

Duisburg und Essen, den 11. April 2019

Für den Rektor
der Universität Duisburg-Essen
Der Kanzler
Dr. Rainer Ambrosy

Muster Habilitationsurkunde Lehrbefähigung

**Die Fakultät für
Bildungswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen**

stellt
unter dem Rektorat der Professorin/des Professors (Titel, Vorname, Nachname)
und unter dem Dekanat der Professorin/des Professors (Titel, Vorname, Nachname)
fest, dass

Frau/Herr

(Titel, Vorname, Nachname)

geboren am (Datum) in (Ort, ggf. Land)

die

Lehrbefähigung

für das Fachgebiet

„(Bezeichnung)“

besitzt, nachdem sie/er durch die Habilitationsschrift

„(Titel)“

sowie die wissenschaftliche Vorlesung
mit anschließendem Kolloquium nachgewiesen hat, dass sie/er das Fachgebiet
in Forschung und Lehre selbstständig vertreten kann.

Duisburg und Essen, den (Datum)

Die Dekanin/der Dekan

(Titel, Vorname, Nachname)